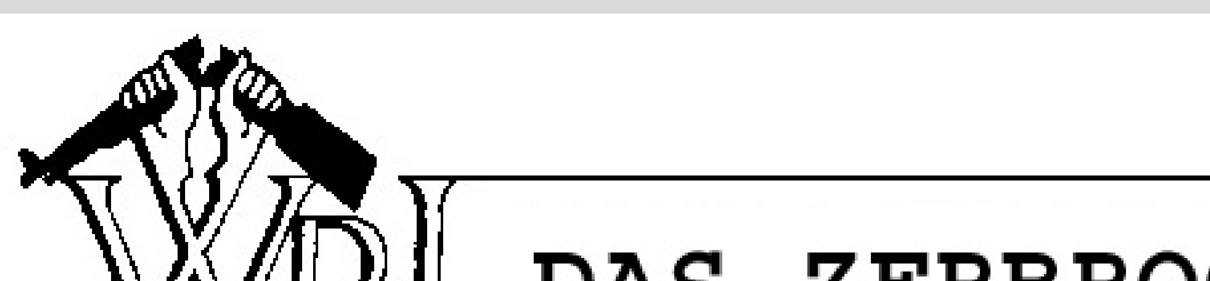


DAS ZERBROCHENE GEWEHR

Rundbrief der War Resisters' International Nr. 56 November 2002 0.50 •

1. Dezember 2002: Tag der Gefangenen für den Frieden

Schwerpunkt zum Kaukasus und Zentralasien

„Demokratie“ im Kaukasus und in Zentralasien?

Kein Lichtblick im Kampf für Menschenrechte

von **Lindsay Barnes**

Seit dem Zerfall der Sowjetunion befinden sich die noch jungen Staaten des Kaukasus und Zentralasiens im schwierigen Prozess des Übergangs zur Demokratie. Dieser Prozess wird erschwert durch die wirtschaftliche Situation, sowie aufflammende ethnisch definierte Konflikte - in Nagorni-Karabach, Abchasien, Süd-Ossetien und anderen Teilen des Kaukasus und Zentralasiens.(Red.)

Die bleibend labile Sicherheitslage in der Region ist symptomatisch für die mangelnde soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die sich sowohl mit wachsender politischer Unzufriedenheit im Inneren als auch mit immer häufigeren Scharmützeln in den Grenzgebieten konfrontiert sehen. Eine Bedrohung stellt zudem auch der Drogenhandel, insbesondere mit Opium, dar, doch handelt es sich dabei nicht um die bedeutendste Gefährdung für die Sicherung einer friedlichen Entwicklung.

Während sich für die Anrainerstaaten des Kaspischen Beckens die Möglichkeit eröffnet, aus dem Verkauf und Transport ihrer natürlichen Ressourcen großen Gewinn zu ziehen, ergibt sich daraus gleichzeitig eine Zukunftsangst dieser Staaten – schließlich ist es von existentieller Bedeutung, wer die Kontrolle über die Ressourcen erlangt und wie diese verwendet werden. Gruppen wie Caspian Revenue Watch und Central Eurasia Project sind der Überzeugung, dass der aus den natürlichen Resourcen gezogene Gewinn der Bevölkerung zu Gute kommen sollte. Indem sie auf Transparenz bei den Abrechnungen sowie Verantwortlichkeit seitens der Förderunternehmen und Regierungen drängen, zielen sie letzten Endes auf die Förderung der Zivilgesellschaft und die Entwicklung der Region ab. Sie setzen sich für die Bildung von Fonds zur Bekämpfung von Armut, für Bildung und für das öffentliche Gesundheitswesen ein, doch die Investitionen in derartige Sozialeinrichtungen nehmen sogar ab, wie der Atlantic Council und das Central Asia–Caucasus Institute an der Johns Hopkins University berichten.

Die herrschenden Regimes stellen ein beträchtliches Dilemma dar. Auf die Unabhängigkeit von der Sowjetunion folgte eine Phase schnellen Übergangs, in der die zentralasiatischen und kaukasischen Staaten sich für kurze Zeit einer demokratischen Rhetorik bedienten. Seither haben die politischen Führungen ihre Macht jedoch rücksichtslos durchgesetzt und imitieren bei der Ausübung strengster Kontrolle über die jeweiligen Bevölkerungen ironischerweise die früheren Sowjetregierungen.

Folglich sind viele Grundprinzipien einer offenen Gesellschaft, wie z. B. Gesetzlichkeit, Demokratie, nichtstaatliche Organisationen und freier Zugang zu Informationen, einer ständigen Bedrohung ausgesetzt. Laut einem in *Open Society News* erschienenen Bericht haben die politischen Führungen als Reaktion auf die wachsende politische Unzufriedenheit die Zügel sogar noch weiter angezogen, was die innere Instabilität noch stärker hervorhebt.

Die Zivilgesellschaft ist unter Druck

Die Prognosen für eine zivilgesellschaftliche Entwicklung in naher Zukunft sind düster: Die Reihen derjenigen, die sich für politische und soziale Alternativen aussprechen, sind stark ausgedünnt, da die gesamte politische Opposition entweder vertrieben, zur Bedeutungslosigkeit verurteilt oder zu Kompromissen gezwungen worden ist. Die einzige bedeutende Bedrohung für die staatliche Autorität in Zentralasien geht von den bewaffneten Kämpfern der Islamischen Bewegung von Usbekistan aus, meint Justin Burke, Herausgeber von Open Society Institute.

Konflikte und Gewalt haben zu einem gewaltigen Ausmaß an Vertreibungen geführt. “Innerhalb des letzten Jahrzehnts litten Millionen Menschen unter den tragischen Folgen von anhaltenden ethnisch, religiös, nationalistisch und rassistisch begründeten Kämpfen und Bandenkriegen im Südkaukasus”, so Ucha Nanuashvili. Schätzungen gehen von mehr als einer Million Flüchtlingen in dieser Gegend aus.

Auf Grund zunehmender Repressionen gegenüber den unabhängigen Medien vor Ort in den letzten Jahren hat eine wachsende Anzahl von MenschenrechtsaktivistInnen das Internet als Möglichkeit entdeckt, um aktuelle Menschenrechtsverletzungen bekannt zu machen sowie Informationen zu erlangen, zu verbreiten und zu koordinieren. “Sie hoffen, die öffentliche Diskussion über demokratische Werte so lange auf der Tagesordnung zu

Fortsetzung auf Seite 2 oben



Abdruck mit Genehmigung der General Libraries, The University of Texas at Austin

Unbekanntes Menschenrecht:

Kriegsdienstverweigerung im Kaukasus und in Zentralasien

In keinem Land im Kaukasus oder in Zentralasien ist es bisher möglich, sich frei zwischen Militär- und Zivildienst zu entscheiden.

Meistens besteht noch nicht einmal die Option eines alternativen Dienstes. Die wenigen Staaten, in denen ein entsprechendes Gesetz verabschiedet wurde, haben es keineswegs nach internationalen Standards umgesetzt. So gibt es in Georgien faktisch gar keinen Ersatzdienst, in Kirgisistan und Usbekistan sind hohe Bestechungsgelder nötig, um ihn ableisten zu können.

Abgesehen davon ähneln diese Dienste auf Grund der unverhältnismäßigen Länge eher Strafmaßnahmen und sind zudem nicht völlig zivil, insbesondere in Usbekistan, wo ein kurzes militärisches Training absolviert werden muss.

Die kaukasischen Staaten müssen als Mitglieder des Europarates den Kriegsdienstverweigerungsnormen der Empfehlung 1518 aus dem Jahr 2001 nachkommen. Darin wird zum Recht eines jeden Armeeangehörigen erklärt, sich zu jedem beliebigen Zeitpunkt als Kriegsdienstverweigerer registrieren zu lassen, sowie über Bedingungen und Vorgehen bei der Erlangung dieses Status' aufgeklärt zu werden. Zudem verlangt sie eine vollständig zivile Alternative ohne strafenden Charakter. Obwohl die Mitgliedsstaaten diese Rechte garantieren sollten, weist das georgische Gesetz zahlreiche Mängel auf, während Armenien und Aserbaidschan bisher noch gar kein Gesetz verabschiedet haben (wobei es in letzterem unmittelbar bevorsteht).

Kaukasus

Armenien

In Armenien gibt es bisher noch kein gesetzlich verankertes Recht auf Kriegsdienstverweigerung, doch auf Grund der Mitgliedschaft im Europarat muss ein entsprechendes Gesetz bis spätestens 2003 verabschiedet werden.

In den letzten Monaten wurden zwei unterschiedliche Gesetzesentwürfe ergebnislos diskutiert und die erneuten Verzögerungen von offizieller Seite mit dem anhaltenden Karabach-Konflikt erklärt. Beide Varianten des anvisierten Ersatzdienstes haben eindeutig strafenden Charakter, sowohl in der Länge von 42 Monaten (d.h. 18 Monate länger als der Militärdienst) als auch in beruflichen Einschränkungen: Ersatzdienstleistenden sind danach Posten in der Regierung, in der Strafverfolgung oder der Justiz verwehrt. Darüber hinaus sind nur Mitglieder bestimmter registrierter Religionsgemeinschaften zugelassen, und der Dienst soll innerhalb der Armee stattfinden, womit es sich eher um eine Art Militärdienst ohne Waffen handelt.

Die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern hat in den vergangenen

Fortsetzung auf Seite 2 unten

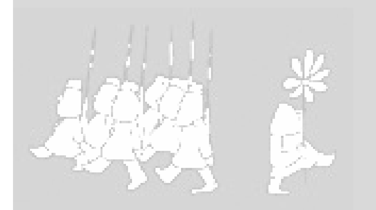
Editorial

Der Schwerpunkt des Tages der Gefangenen für den Frieden 2002 liegt auf einer Region – oder vielleicht sollten wir sagen zwei Regionen – die normalerweise nicht viel Aufmerksamkeit von Seiten der Friedensbewegung, oder von der Öffentlichkeit allgemein, erhalten: der Kaukasus und Zentralasien. Es ist höchste Zeit, dass die Friedensbewegung von diesen Regionen Notiz nimmt – die Militärs und die globalen Ölkonzerne haben stillschweigend bereits von der Region Besitz ergriffen.

Wie diese Ausgabe des *Zerbrochenen Gewehres* zeigt – die Sonderausgabe zum Tag der Gefangenen für den Frieden – ist die Aufmerksamkeit der Friedensbewegung dringend notwendig, um Friedens- und MenschenrechtsaktivistInnen in der Region zu unterstützen. Keines der Länder kann wahrhaftig als Demokratie bezeichnet werden, und keines der Länder respektiert internationale Standards in Bezug auf Kriegsdienstverweigerung.

Mit dieser Ausgabe des *Zerbrochenen Gewehr* richtet die War Resisters' International ihre Aufmerksamkeit auf den Kaukasus und Zentralasien. Wir hoffen, dass Ihr/Sie uns folgen werden – die Region und die WRI brauchen Deine/Ihre Unterstützung.

Andreas Speck
CO Campaigning Worker im Büro der WRI in London



Neues Gesetz zur Kriegsdienstverweigerung in Russland

Die russische Duma hat im Sommer 2002 ein Ersatzdienstge-setz verabschiedet, das das Recht zur Verweigerung des Militärdien-stes regelt. Das Gesetz wurde am 28. Juli 2002 von Präsident Putin unterzeichnet und tritt am 1. Januar 2004 in Kraft. Was auf den ersten Blick wie ein Sieg für die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer betrachtet werden könnte, stellt in Wirklichkeit wohl eher einen Versuch des Militärapparats dar, die Angelegenheit unter Kontrolle zu halten.

Gemäß Artikel 4 des neuen Gesetzes kann der Zivildienst unter anderem auch als Nicht-Kombattant in Institutionen der Armee der Russischen Föderation und anderen bewaffneten Sicherheitskräften abgeleistet werden.

Darüber hinaus ist die Länge des zivilen Ersatzdienstes das 1,75-fache des Militärdienstes, jedoch “nur” das 1,5-fache, wenn er in der Armee stattfindet.

Die Antragsprozeduren für den Zivildienst sind ebenfalls sehr streng geregelt: so muss der Antrag, bei dem ein riesiger Papierberg bewältigt werden muss, 6 Monate vor der Einberufung eingereicht werden (also im Alter von 17 Jahren). Zudem ist das persönliche Erscheinen vor der Wehrkommission nötig – ein Akt der Inquisition. Russische Organisationen haben nun mit einer Kampagne gegen das neue Zivildienstgesetz begonnen und werden vor dem Verfassungsgericht der Russischen Föderation dagegen klagen.

Menschenrechtsgruppen sprechen vom “Gesetz zur alternativen Sklaverei” und fordern als wirkliche Lösung die Abschaffung der Wehrpflicht in Russland.

Regionale Kontakte

OSI Assistance Foundation Armenia
1 Pushkin St, apt 11,
Yerevan 375010, Armenien
office@osi.am

Human Rights Center of Azerbaijan
PO Box 3, Baku 370000
Aserbaidschan
Eldar Zeynalov (Director)
aihmm@lycos.de

Intiative Group of War Resisters’ International – Georgia
144 Dolidze St, Tbilisi 380071
Georgien
Usha Nanuashvili
ishrg@caucasus.net

Kazakhstan International Bureau for Human Rights & Rule of Law
Masanchy St 57a/404-405
480012 Almat, Kasachstan
Jevgeni Zhovtis
omaz@omaz.almaty.kz

Kyrgyz Committee for Human Rights
Ivanitsina St 123, apt 87
720011 Bishkek
Kirgisistan
Ramazan Dyryldaev
chrights@imfiko.bishkek.su

Tajik Center for Human Rights
Junaid Ibodov
junaid@tchr.tajik.net

Human Rights Society of Uzbekistan
27/15 Yunusabad – 4
Tashkent 700093, Usbekistan
Talib Yakubov
hrsu_tolib@yahoo.com

Fortsetzung von Seite 1 links

halten, bis die derzeitigen Regierungen einer neuen Generation Platz machen, die vielleicht eher zur Umsetzung pluralistischer Prinzipien bereit ist”, meint Justin Burke.

Er berichtet, dass der Menschenrechtsaktivist Ramazan Dyryldaev in einem Interview mit Open Society Institute sagte, in Zentralasien würden Menschenrechte nicht respektiert werden, es existierten keine unabhängigen Massenmedien, und die BürgerInnen könnten ihre politischen Rechte keineswegs ausüben, obwohl diese in den Verfassungen verankert seien.

Ein Hauptproblem stellt dabei das Informationsvakuum dar, das bezüglich der Menschenrechte seit der Sowjetherrschaft existiert, weshalb die Menschen, denen selbst ein minimales Grundwissen ihrer Rechte fehlt, der Tyrannei von Behörden und ArbeitgeberInnen hilflos ausgesetzt sind. “Die mangelnden Kenntnisse über Menschenrechte hemmen zudem die Entwicklung der Demokratie”, ergänzt Vladislav Okishev, Vorsitzender des Pavlodar Consultive Information Center. Seine Organisation hat es sich zum Ziel gemacht, in Kasachstan eine Bibliothek mit Informationen zu Menschenrechten aufzubauen, Diskussionsveranstaltungen abzuhalten und Auskünfte zu rechtlichen Fragen zu veröffentlichen, um die Bevölkerung weiter aufzuklären. Die jeweiligen Regierungen zeigen sich Berichten zu Folge jedoch zunehmend besorgt über die Arbeit dieser AktivistInnen und gehen gegen deren Tätigkeit vor.

Seit dem 11. September 2001 haben die autoritären Regimes Zentralasiens den von den USA geführten “Anti-Terror-Krieg” als Vorwand benutzt, um die Kontrollmechanismen in ihren jeweiligen Staaten auszubauen. Im Namen der Extremismusbekämpfung wurde die Bedeutung der Sicherheitskräfte erweitert und politische DissidentInnen verfolgt.

Jevgeni Zhovtis, Direktor des Kazakhstan International Bureau for Human Rights and Rule of Law, beschrieb alle fünf Staaten als “Präsidentenrepubliken, in denen fast die gesamte Macht auf das Staatsoberhaupt konzentriert ist” und in denen die mächtige Exekutive die Judikative und Legislative in den Hintergrund drängt. “Die Kritik des Westens an den autoritären Regimes Zentralasiens ist weitgehend verstummt, vor allem seit einige der Länder ihr Staatsgebiet oder ihren Luftraum zur Nutzung durch die Anti-Terror-Koalition freigegeben haben.”

Während viele darauf gehofft hatten, internationales Interesse würde den Druck zur Stabilisierung erhöhen und damit auch die Bewegung für Demokratie stärken, haben sich die repressiven Maßnahmen in den letzten Jahren sogar noch verschlimmert. Da sich der Energieweltmarkt nun an die Gewinnung der umfangreichen kaspischen Resourcen macht, bleibt die Aussicht für Frieden und Entwicklung weiterhin unklar.



Internationaler Tag zur Kriegsdienstverweigerung, 15.Mai 2000, in London *Foto WRI*

Fortsetzung von Seite 1

Unbekanntes Menschenrecht:

Jahren weiter zugenommen. Meist stehen ihnen mehrjährige Haftstrafen bevor. Obwohl die armenische Regierung einer Forderung des Europarates zumindest teilweise nachgekommen ist, indem sie im Juni 2001 37 Zeugen Jehowahs begnadigt und freigelassen hat, folgten wenig später neue Verhaftungen. Das Justizministerium spricht für das Jahr 2001 von 75 wegen “Vermeidung des Militärdienstes” Verurteilten, darunter 32 Zeugen Jehowahs.

Derzeit befinden sich mindestens 25 Zeugen Jehowahs in armenischen Gefängnissen und Arbeitslagern.

Aserbaidschan

Zwar erkennt die aserbaidschanische Verfassung aus dem Jahr 1995 das Recht auf Ableistung eines alternativen Militärdienstes aus Glaubensgründen an, doch wurden frühere Dekrete, die die näheren Umstände eines solchen Dienstes regeln sollten, nie umgesetzt.

Als Mitglied des Europarates muss Aserbaidschan das Recht auf Kriegsdienstverweigerung sicherstellen. Tatsächlich ist eine Verfassungsänderung, die die bisherige Formulierung “alternativer Militärdienst” durch “alternativer Dienst” ersetzt, seit einem Referendum im August in Kraft. Ein neues Gesetz zu diesem Ersatzdienst wird voraussichtlich bis Ende des Jahres vom Parlament verabschiedet werden. Allerdings sind bisher noch keine Details über den anvisierten Dienst bekannt. Eine Umsetzung des Gesetzes im Verlauf des kommenden Jahres ist keineswegs sicher.

Im Moment befinden sich keine Kriegsdienstverweigerer in Haft. Die Ermittlungen gegen zwei Zeugen Jehowahs wurden auf Grund der Veränderung der juristischen Grundlage eingestellt.

Gleichzeitig sind etwa 2600 Deserteure und Wehrflüchtige im Gefängnis, über deren Motive jedoch nichts bekannt ist.

Georgien

Trotz der Verabschiedung einer ganzen Reihe von Ersatzdienstgesetzen seit 1991 wurde bisher keines umgesetzt. Das derzeit gültige “Gesetz zu zivilem Ersatzdienst” von 1997 hat zudem eher strafenden Charakter, da der 36monatige Arbeitsdienst um 12 Monate länger als der Militärdienst ist und es ist nicht klar, ob er wirklich völlig zivil wäre. Auf alle Fälle genügt das Gesetz keineswegs den Ansprüchen des Europarates.

Außerdem wurden in der Praxis noch keine unparteiischen Entscheidungsstrukturen aufgebaut, obwohl mehr als 300 Menschen eine Zulassung zum Zivildienst beantragt haben: bisher ist eine Freistellung vom Militärdienst nur durch Bestechung möglich.

In den letzten Jahren haben die georgischen Behörden keine Zeugen Jehowahs einberufen, um Fälle offener Kriegsdienstverweigerung zu vermeiden. Da ein Großteil der jungen Männer nicht zur Armee will – meistens wegen der schlechten Lebensbedingungen beim Militär –, ist die Zahl der Zeugen Jehowahs in Georgien rapide angestiegen.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums sind derzeit 167 Wehrflüchtige und Deserteure im Gefängnis, wobei nicht bekannt ist, ob sie den Militärdienst aus Gewissensgründen ablehnen.

Abchasien

Die nicht anerkannte Republik Abchasien, die international weiterhin als abtrünnige georgische Provinz betrachtet wird, erkennt in der Verfassung von 1994 das Recht auf eine Alternative zum Militärdienst nicht an. Diskussionen im vergangenen Jahr um einen möglichen Zivildienst haben keine weiteren Entwicklungen nach sich gezogen.

Zwischen 1995 und 2000 waren mindestens 30 Zeugen Jehowahs wegen Kriegsdienstverweigerung inhaftiert, von denen einer noch im Dezember 2001 im Gefängnis war.

Zentralasien

Kasachstan

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist nicht gesetzlich verankert und so gibt es keinerlei Regelungen für einen Ersatzdienst. Frühere Diskussionen um ein Gesetz zu einem alternativen Militärdienst, zielten auch nicht auf eine zivile Option, sondern vielmehr auf eine Flexibilisierung des Militärdienstes ab, bei dem ein kurzes militärisches Training mit verschiedenen Arten von Arbeit kombiniert werden sollte.

Über viele Jahre hinweg stellte die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern, insbesondere von Zeugen Jehowahs, ein dauerhaftes Problem dar. Da das Wehrpflichtgesetz jedoch eine Freistellung für “Inhaber religiöser Ämter” vorsieht, kam es 1997 zu einer Einigung der Religionsgemeinschaft mit der Regierung, der zu Folge die kasachischen Anhänger der Zeugen Jehowahs alle zu Geistlichen erklären werden. Seitdem sind keine Berichte über inhaftierte Kriegsdienstverweigerer mehr bekannt geworden.

Kirgisistan

In Kirgisistan hat der Zivildienst eine vergleichsweise lange Tradition, die mit einem ersten Gesetz im Jahr 1992 einsetzt. Das “Gesetz zum Zivildienst” von 2001 reduziert die Länge des Ersatzdienstes von 36 auf 24 Monate, während der Militärdienst im Februar 2002 von 24 auf 12 Monate verkürzt wurde.

Das derzeit gültige Gesetz sieht die Ableistung des Zivildienstes in einer nichtmilitärischen Staatseinrichtung vor, wobei 20 Prozent des Gehalts dem Verteidigungsministerium zugeführt werden. Der Zivildienst ist inzwischen so weit verbreitet, dass im Frühjahr 2001 70 Prozent keinen Militärdienst ableisten wollten und fast die Hälfte der 3500 Dienstpflichtigen zum Zivildienst einberufen wurde. Zusätzlich hat die Zahl der Desertionen in den vergangenen Monaten kontinuierlich zugenommen und sich zu einem enormen Problem für die nur 12 000 Mann starke kirgisische Armee entwickelt.

Im November 2001 wurde ein Fall von Schikane gegenüber einem Kriegsdienstverweigerer bekannt, als der Baptist Dmitri Shukhov nach seiner Weigerung, den militärischen Eid abzulegen, in die Psychiatrie überwiesen wurde. Zuvor hatten die Behörden seine Untauglichkeit für den Zivildienst mit der Weigerung seiner Kirche, sich registrieren zu lassen, begründet.

Tadschikistan

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist in der tadschikischen Gesetzgebung nicht vorgesehen, weshalb keine juristische Grundlage für einen Ersatzdienst existiert und auch in den nächsten Jahren nicht geschaffen werden wird.

Es gibt keine Informationen über Tadschiken, die den Militärdienst aus religiösen oder ethischen Gründen verweigern, doch Desertion und Vermeidung der Wehrpflicht sind weit verbreitet. So entzieht sich eine wachsende Anzahl junger Männer der Einberufung, indem sie auf Arbeitssuche ins Ausland gehen.

Der Umfang der Desertionen hat es 2001 notwendig gemacht, diejenigen Deserteure in eine Amnestie aufzunehmen, die bereit waren, im Anschluss den Rest ihres Militärdienstes abzuleisten.

Turkmenistan

In der turkmenischen Gesetzgebung ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht verankert, weshalb die Einführung eines Zivildienstes in den nächsten Jahren unwahrscheinlich ist. Kriegsdienstverweigerer, meist Anhänger der Zeugen Jehowahs und ähnlicher Religionsgemeinschaften, werden nach dem Strafrecht zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, die sie häufig unter härtesten Bedingungen in Arbeitslagern verbringen. In zahlreichen Fällen wurde den Häftlingen später die Freilassung verweigert, weil sie sich aus Gewissensgründen weigerten, dem Präsidenten die Treue zu schwören.

Derzeit sind mindestens zwei Zeugen Jehowahs wegen Kriegsdienstverweigerung im Gefängnis.

Usbekistan

Das Alternativdienstgesetz von 1992 sieht einen 24monatigen Ersatzdienst aus familiären und religiösen Gründen sowie wegen eines schlechten Gesundheitszustands vor. Derzeit ist es allerdings nicht möglich, ihn ohne Bestechung abzuleisten. Je nach Höhe der Zahlung kann auch eine vollständige Dienstbefreiung erreicht werden. Der Ersatzdienst ist sehr beliebt, weshalb die Anzahl der zum Alternativdienst Einberufenen mehr als dreimal so groß ist, wie die der Armeerekruten. Der so genannte Alternativdienst ist nicht rein zivil, sondern beinhaltet eine zweimonatige militärische Grundausbildung; die restliche Zeit wird im Normalfall mit unqualifizierter, schlecht bezahlter Arbeit verbracht, wobei etwa 20 Prozent des Gehalts an das Verteidigungsministerium überführt werden.

Zwar wird zur Zeit über eine mögliche Änderung der Ersatzdienstgesetzgebung diskutiert, doch ein Entwurf liegt noch nicht vor.

In der Praxis werden Kriegsdienstverweigerer, die keine Bestechungsgelder zahlen, noch immer bestraft: jedes Jahr werden mehrere Zeugen Jehowahs zu Bewährungs- oder hohen Geldstrafen verurteilt.

Ehrenliste der Gefangenen für den Frieden 2002

So funktioniert die Liste

- Zuerst sind die **Namen der Gefangenen** und in den USA ihre Gefangenennummern (ohne die kommt kein Brief an) angeführt. Darauf folgend ihre Haftzeit und dann die Gefängnisadresse mit ✉ Am Schluss steht der Grund ihres Gefängnisaufenthalts.
- *spezielle Informationen zu einzelnen Laendern sind kursiv gedruckt.*

Armenien

Amayak Karapetyan
03.11.00–02.05.03
Armen Yeghiazaryan
30.03.01–29.03.04
Artashes Atoyan
03.12.01–02.12.03
Araik Sargsyan
12.12.01–11.12.03
Armen Vardanyan
17.01.02–16.01.04
Spartek Sargsyan
23.01.02–22.07.04
Rafael Alaverdyan
30.01.02–29.01.04
Araik Bagdasaryan
01.02.02–31.07.04
Vardan Torosyan
01.02.02–31.07.04
Yerem Kh'Ikhatyan
26.02.02–25.02.04
Karen Ambartsumyan
12.03.02–11.09.03
Andrey Alaverdyan
15.03.02–14.03.05
Abgar Minasyan
25.03.02–24.03.03
Arman Avetisyan
09.04.02–08.04.04
Hovannes Serobyan
17.04.02-16.04.04
Gagik Gevirkyan
04/25/02–04/24/04
Ambartsum Nersisyan
30.04.02–29.04.04
✉ Kosh correctiv Labour Colony, Kosh

Armen Alikhanyan
29.04.02–28.10.03
✉ Vanadzor prison

Saak Oganesyan
02.06.02–
Sarkis Oganesyan
02.06.02–
Zhirayr Sukiasyan
03.06.02–
Vagan Bayatyan
29.10.02-29.04.04
✉ Nubarashen Prison
Henrik Hovinikyan
14.01.02–30.07.04
✉ Nubarashen–2 prison, Jerevan
Vahan Mkroyan
12.12.00–20.12.03
✉ Artik Correctiv Labour Colony, Artik

Artur Kazaryan
18.09.02–17.09.03
Hratch Tatoyan
15.08.02–14.08.04
✉ Gefängnis ist nicht bekannt.

Alle sind Zeugen Jehovas.

Finnland

Oskar Lindman
31.07.02–17.02.03
✉ Helsingin työsiirtola, PL 36, 01531 Vantaa

Janne Kuusisto
06.05.02–23.11.02
✉ Turun tutkintavankila, avo-osasto, PL 55, 20251 Turku

Heikki Ulmanen
30.09.02–17.04.03
✉ Satakunnan vankila/Huittisten osasto, PL 42, 32701 Huittinen

Toni Rautiainen
26.06.02–22.12.02
✉ Iskolan avovankila, PL 2, 74345 Kalliosuo

Sie sind alle Kriegsdienstverweigerer.

Israel

Mordechai Vanunu
30.09.86–29.09.04
✉ Ashkelon prison, Ashkelon

Anti-Atom-Aktivist, verurteilt wegen Spionage und Verrat .

Salman Salameh
04.09.02–
✉ Military prison No.4, Military Post Nummer 02507, IDF, Israel

Drusischer Kriegsdienstverweigerer, inhaftiert wegen Desertion. Er erwartet im Moment seinen Prozess.

Die Inhaftierung von Kriegsdienstverweigerer in Israel ist nichts aussergewöhnliches. Die meisten von ihnen sind 28 Tage im Gefängnis, einige mehrere Male hintereinander. Siehe auch die Webseite (http:///www.wri-irg.org) für updates.

Puerto Rico

Pedro Colon Almendes #22192–069
ein Jahr Haft - bis Jan. 03
✉ MDC Guaynabo POB 2147, San Juan, PR 00922–2147

Nach kurzen Handgreiflichkeiten während eines anti-ROTC (Reserveoffizierstrainings) Protests am 30.4.01 an der Universität von Puerto Rico, wurde Almendes inhaftiert.

Cacimiar Zenon Encarnacion
Pedro Zenon Encarncion
Regaladon Miro Corcino
Alle drei erwarten ihren Prozess am 2. November 2002

Sie sind in Vieques in Puerto Rico im September 2002 in das Bombenzentrum eingedrungen.

Russland

Grigory Pasko
25.12.01–25.12.05
✉ SIZO IZ–25/1, Partisanskij Prospekt 28b, 690106 Vladivostock, Russland

Russischer Militärjournalist verurteilt wegen Hochverrat. Er hat von der Atommüllverklappung durch die russische Flotte berichtet. 20 Monate wartete er auf den Hauptprozess.

Südkorea

In Südkorea sind mehr als 1200 Zeugen Jehovas wegen ihrer Kriegsdienstverweigerung im Gefängnis Die normale Gefängniszeit beträgt drei Jahre. Vor kurzem begannen nichtreligiöse Kriegsdienstverweigerer sich zu organisieren.12 Studenten erklärten öffentlich ihre Kriegsdienstverweigerung im September 2002 .

Türkei

Mehmet Bal
21.10.02 -
✉ Adana 6. Kolordu Abkeri Cezaevi, Adana

Er ist als Kriegsdienstverweigerer im Militärgefängnis und wartet auf seinen Prozess wegen „Ungehorsam".

Turkmenistan

Nikolai Shelekhov
02.07.02–01.01.04
✉ Gefängnisadresse ist nicht bekannt

Kurban Zakirov
23.04.99–22.04.08
✉ Turkmenbashi labour colony Respublika, BPT–5,p/p V.S. g., Turkmenistan

Beide sind Zeugen Jehovas.

USA

Charles Booker–Hirsch #90962–020
10.09.02–10.12.02
✉ FCI McKean, P.O. Box 8000, Bradford, PA 16701

Joanna Cohen #90962–020
10.09.02–10.12.02
✉ Federal Prison Camp Phoenix, 37930 N. 45th Ave, Phoenix

Kenneth F Crowley #90963–020
10.09.02–10.03.03
✉ Federal Prison Camp Beaumont, PO Box 26010, Beaumont, TX 77720

Susan Daniels #90964–020
10.09.02–12.10.02
Nancy Gowen #90969–020
10.09.02– 12.10.02
Abigail Miller #90692–020
10.09.02–10.12.02
Kathleen Boylan #20047–016
10.09.02–10.12.02
✉ Federal Prison Camp Alderson, Box A, Alderson WV 24910

Mary Dean #90965–020
10.09.02–10.03.03
Kathleen Desautels #90966–020
10.09.02–10.03.03
Kate Fontanazza #90967–020
10.09.02–10.03.03
✉ Federal Prison Camp Greenville, PO Box 6000, Greenville IL 62246

Toni Flynn #90960–020
12.07.02–01.01.03
Jerry Zawada #4995–045
12.07.02–12.01.03
✉ Crisp County Jail, 196 South Highway 300, Cordele GA 31015

Chantilly Geigle #90968–020
10.09.02–10.03.03
✉ Federal Prison Camp Dublin, 5775 8th Street, Camp Paks, Dublin CA 94568

Peter Gelderloos #90688–202
12.07.02–12.01.03
✉ FCI Cumberland, 14601Burbridge Road, SE, Cumberland MD 21502–8771

John Heid #13815–016
10.09.02–10.04.03
✉ Federal Prison Camp Schuylkill, Camp 2, Range B, PO Box 670, Minersville PA 17954–0670

Eric Johnson #90971–020 MB2
10.09.02–10.03.03
✉ FCI Manchester, PO Box 3000, Manchester KY 40962

Janice Sevre–Duszynska #91104–020
10.09.02–10.12.02
✉ FMC Lexington, 3301 Leestown Road, Lexington KY 40511

Niklan Jones–Lezama #0203593
12.09.02–12.03.03
✉ Sherburne County Jail,13880 Highway 10NW, Elkriver MN 55330–4609

Rae Kramer #91069–020
09/10/02–03/10/03
✉ FCI Danbury, Route 37, Danbury CT 06811

Palmer Legare #91097–020
10.09.02–10.12.02
✉ FMC Devens PO Box 879, Devens MA 01432

Tom Mahedy #91098–020
10.09.02–10.12.02
✉ FCI Fort Dix, PO Box 38, Fort Dix, New Jersey 08640

Bill O'Donell #85713–011
10.09.02–10.03.03
✉ Atwater USP, PO Box 01900, Atwater CA 95301

Michaele Pasquale #91102–020
10.09.02–10.03.03
✉ Federal Prison Camp Allenwood, PO Box 1000, Montgomery PA 17752

Richard M. Ring #91099–020
10.09.02–10.12.02
✉ Federal Prison Camp Lewisburg, PO Box 2000, Lewisburg PA 17837

Michael Sobol #91105–020
10.09.02–10.12.02
✉ FCI Engelwood, 9595 w. Qincy Ave, Littleton CO 80123

Fr. Louise Vitale #25803–048
02.10.02–02.01.03
✉ Adresse unbekannt.

Diese Menschen nahmen an einer Aktion im September 2002 teil, um auf die „School of the Americas", eine internationale Militärschule, die Söldner für die Militärregierungen in Lateinamerika ausbildet, in Fort Benning aufmerksam machen.

Weissrussland

Yuri I. Bendazhevsky
01.06.01–01.06.09
✉ Prison Minsk, ul.Kavarijskaya 36, PF 36 K, Minsk

Tschernobylforscher, der geheime Dokumente veröffentlichte. Fälschlicherweise wegen Korruption verurteilt.

Aktionen

- Nimm dir am 1. Dezember mindestens eine Stunde Zeit und schreibe mindestens vier Karten an Gefangene.
- Überzeuge deine Friedensgruppe, Schulklasse oder Kirchengemeinde, eine Karten-Schreib-Session zu organisieren.
- Baue im Zentrum deiner Stadt einen Infostand auf, veranstalte ein Strassentheater oder mache etwas, was dir sinnvoll erscheint, um Aufmerksamkeit und Interesse zu erwecken.

Hinweise zum Verschicken von Karten oder Briefen

- Karten sollten immer im Umschlag verschickt werden.
- Gib deinen eigenen Namen und deine Anschrift mit an.
- Sei mitteilsam und kreativ: schicke Fotos aus deinem Leben
- Schreibe den Gefangenen, wie du dich gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen engagierst.
- Schreibe nichts, was der/dem Gefangenen Ärger einbringen könnte.
- Überlege, was du gerne erhalten würdest, wenn du im Gefängnis wärst.
- Erwarte nicht, dass der/die Gefangene antwortet.
- Falls deine Karte zurückgeschickt wird, schicke sie an die entsprechende Botschaft in deinem Land, mit der Bitte, sie an den Gefangenen weiterzuleiten.
- Denke daran – im nächsten Jahr könntest du eine/r von ihnen sein...

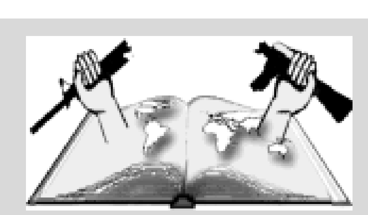
Unterstütze unsere Arbeit

Seit 46 Jahren veröffentlicht die War Resisters' International die Namen und Geschichten von Gefangenen aus Gewissengründen. Helft der WRI, diese Tradition fortzusetzen:

- Gib eine besondere Spende für "Gefangene für den Frieden", um die Arbeit im nächsten Jahr zu ermöglichen.
- Spende ein *Peace News*-Abo an eine/n Gefangene/n auf der Liste (oder gib uns den Namen eines/r Gefangenen, die/der sich nicht auf unserer Liste befindet);

Schicke deine Spende an:
Förderverein War Resisters' International e.V., Konto-Nr. 11787613, Kasseler Sparkasse, BLZ 520 503 53.
In Deutschland kannst du dafür sogar eine Spendenbescheinigung erhalten.

Deine Unterstützung für die Gefangenen hat Wirkung.
Danke für deine Solidarität!



CONCODOC

Als Teil einer Koalition von KDV-Unterstützungsorganisationen beherbergt die WRI CONCODOC (CONscription and Conscientious Objection Documentation), eine weltweite Dokumentation zur Situation bezüglich Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung. Es ist die einzige ihrer Art weltweit. Die CONCODOC-Länderberichte sind im internet unter http://www.wri-irg.org/co/rtba/index.html abrufbar, doch ist eine Registrierung erforderlich.
Das CONCODOC-Projekt ist von Informationen abhängig, die es von Gruppen aus der ganzen Welt erhaelt - wir vertrauen auf lokale KDV- und MenschenrechtsaktivistInnen, die die ExpertInnen für die Situation im eigenen Land sind.

Conscription and Conscientious Objection Documentation (CONCODOC), War Resisters' International, 5 Caledonian Road, London N1 9DX, Grossbritannien, concodoc@wri-irg.org

Situation in den Armeen der ehemaligen Sowjetunion

Die große Unbeliebtheit des Militärdienstes in den ehemaligen Sowjetrepubliken hängt vor allem mit den schlechten (und sich weiter verschlimmernden) Zuständen in der Armee zusammen: Lebensmittelknappheit, verspätete Soldzahlungen, Krankheiten und die Verletzung elementarer Menschenrechte durch Offiziere gehören zum Alltag. Fortwährende Gefechte mit bewaffneten Rebellen in verschiedenen Gegenden stellen eine weitere Gefahr dar.
Diese Situation hat nicht nur zu einer hohen Selbstmordrate bei einfachen Soldaten geführt, sondern auch zu einer wachsenden Verbreitung verschiedener Methoden, sich der Wehrpflicht zu entziehen, zu denen neben Bestechung auch Wehrflucht und Desertion gehören.

Impressum

Das zerbrochene Gewehr ist der Rundbrief der War Resisters' International und erscheint auf Englisch, Spanisch, Französisch und Deutsch. Das ist die 56. Ausgabe, November 2002.
An dieser Ausgabe haben Andreas Speck, Silke Makowski und Milana Müller mitgearbeitet. Unterstützung kam von Tikiri, Pio del Rio, Margaret Cox und vielen anderen, die Informationen und anderes besorgten.
Diese Ausgabe ist herausgegeben vom Förderverein War Resisters' International e.V., Steinbruchweg 14, 34123 Kassel. V.i.S.d.P.: Helga Weber, Kassel.
Diese Ausgabe war möglich dank der finanziellen Unterstützung von *DFG-VK Bildungswerk Hessen*, *Poldan Puckham Charitable Trust* und *The Joseph Rowntrees Charitable Trust.*
Falls Du/Sie mehr Exemplare dieses *Zerbrochenen Gewehres* möchtest, dann kontaktiere bitte das WRI-Büro oder lade sie von unserer Website herunter.

War Resisters' International
5 Caledonian Road
London N1 9DX, BRITAIN
tel. +44-20-7278 4040
fax +44-20-7278 0444
concodoc@wri-irg.org
http://wri-irg.org/news/2002/pfp02.htm

Mitgliedsorganisationen der War Resisters' International in der Bundesrepublik

Anti-Kriegs-Museum
Brüsseler Strasse 21
13353 Berlin
Tel +49 30 4549 0110; Fax 417 29868
Anti-Kriegs-museum@gmx.de
www.anti-kriegs-museum.de/

Archiv Aktiv für gewaltfreie Bewegungen
Sternschanze 1
20357 Hamburg
Tel +49 40 430 2046
post@archiv-aktiv.org
www.archiv-aktiv.org/

Deutsche Friedensgesellschaft - Internationale der Kriegsdienstgegner (DFG-IdK)
Jungfrauenthal 37
20149 Hamburg
Tel +49 40 453433
mail@dfg-idk.de; www.dfg-idk.de/

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK)
Schwanenstrasse 16
42551 Velbert
Tel +49 2051 4217; Fax 2051 4210
office@dfg-vk.de; www.dfg-vk.de/

Graswurzelrevolution
Breul 43, 48143 Münster
Tel +49 251 4829057; Fax 482 9032
redaktion@graswurzel.net
www.graswurzel.net/

Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung
Hauptstr 35
55491 Wahlenau/Hunsrück
Tel +49 6543 980096; Fax 500636
BMuellerIFGK@aol.com;
www.ifgk.de/

Internationale der Kriegsdienstgegnerinnen - Berlin (IdK)
Gneisenaustrasse 2 a
Mehringhof, 10961 Berlin
Tel +49 30 693 8021; Fax 785 7803
beyerwolfram@t-online.de;
www.denk-stein.com/tilt/gruppen/idk/

Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL)
Mühlgasse 13
60486 Frankfurt am Main
Tel +49 69 431405; Fax 499 0007
www.denk-stein.com/tilt/gruppen/sodzdl/

Unterstützung von KDVern im Gefängnis: co-alerts

In vielen Ländern ist Gefängnis für Kriegsdienstverweigerer noch immer das Schicksal. Tausende von Kriegsdienstverweigerern befinden sich noch immer im Gefängnis - in Südkorea, Israel, Finnland, Spanien und vielen anderen Ländern. Obwohl viele Länder Gesetze zur Kriegsdienstverweigerung eingeführt haben, sehen sich viele KDVer dem Gefängnis gegenüber, da sie entweder nicht den Kriterien der Behörden entsprechen, oder sich weigern, jegliche Art von Ersatzdienst zu leisten.
Die War Resisters' International unterstützt Kriegsdienstverweigerer, die aufgrund ihrer KDV inhaftiert sind oder sich Repressionen von Seiten des Staates oder staatsähnlicher Gebilde ausgesetzt sehen. Co-alerts, verschickt per email (in Englisch) sobald das WRI-Büro Informationen über die Inhaftierung oder Gerichtsverhandlung eines Kriegsdienstverweigerers erhält, sind ein machtvolles Mittel, um Unterstützung und Protest zu organisieren. Co-alerts gibt es per email (schicke eine Nachricht an majordomo@wri-irg.org mit dem Text subscribe co-alert in der Nachricht) oder im internet unter http://www.wri-irg.irg/cgi/news.cgi .

Auf der Suche nach dem Kaspischem Öl

von **Lindsay Barnes**

Während des letzten Jahrzehnts ist das internationale Interesse an den rohstoffreichen ehemaligen Sowjetstaaten in Zentralasien und im Kaukasus stark gestiegen. Warum haben die kaspischen Öl- und Gasvorkommen plötzlich eine derartige Bedeutung für den Energieweltmarkt erlangt? Welche Folgen zieht dies für die BewohnerInnen der Region nach sich, die für eine Stärkung der labilen Demokratien kämpfen?
Das Kaspische Becken hat reiche Öl- und Gasvorräte, und die angrenzenden Staaten wollen möglichst großen Gewinn aus dem Verkauf und Transport dieser Rohstoffe ziehen. Obwohl die kaspischen Vorkommen enorm sind, können sie sich allerdings keineswegs mit den weitaus umfangreicheren und billigeren Ressourcen im Persischen Golf messen. Warum also investieren die USA, die mächtigste Nation der Welt, so viel Zeit und Geld, um sich ein Standbein im Kaukasus (Armenien, Aserbaidschan und Georgien) und in Zentralasien (Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan) zu sichern?

Die US-Strategie

Die USA und einige ihrer engsten Unterstützer sind von einer uneingeschränkten Versorgung mit Öl und Gas abhängig. Die zunehmende Verschlechterung ihrer Beziehungen mit Saudiarabien, ihrem wichtigsten Öllieferanten, sowie mit Iran hat – zusammen mit der unsicheren Lage im Nahen Osten – dazu geführt, dass es für die USA von immer größerer Bedeutung ist, nach anderen Versorgungsmöglichkeiten zu suchen und so die Abhängigkeit von dieser Quelle zu verringern.
Das Ausmaß der bisherigen Finanztransfers ins Kaspische Becken ist enorm: Laut einem Bericht des Atlantic Council und des Central Asia – Caucasus Institute an der Johns Hopkins University gehen Schätzungen davon aus, dass die USA und der Westen seit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion mehr als 50 Mrd. US-Dollar in die Region investiert haben, darunter beispielsweise US-Mittel für milliardenschwere Pipelineprojekte im Südkaukasus.
Der Zustrom von ausländischem Kapital hat sich jedoch als sehr zweischneidig für die lokale Bevölkerung erwiesen. Zum Einen stellen diese Investitionen eine externe Einflussnahme bei der Stabilisierung strategisch bedeutsamer Staaten dar. So müssen die USA beispielsweise für ihren Zugang zur Region eine stabile geopolitische Lage fördern, die die Verfolgung ihrer direkten wirtschaftlichen Interessen erst möglich macht.

Zukünftige Pläne

Allerdings haben die USA weiter gefasste politische und strategische Interessen, die die Stabilität der Region voraussetzen. Konflikte in dieser Gegend würden für andere Gebiete, die von essentieller strategischer Bedeutung für die USA sind – den Nahen Osten, Europa und Nordostasien – schwerwiegende Folgen haben, weshalb sich die USA darauf konzentrieren, militärische Präsenz zu etablieren.
Geplante US-Militäreinrichtungen in Kirgisistan und Usbekistan werden der Weltmacht bei der Umsetzung ihrer Langzeitstrategie eine große Hilfe sein. "Durch die Stützpunkte in Zentralasien haben die USA zwei wichtige Ziele auf einmal erreicht, indem sie ein strategisch wichtiges Gebiet zwischen Russland und China besetzt und zugleich Militärbasen errichtet haben, von denen aus sie in Afghanistan und im Iran operieren können", sagt Ucha Nanuashvili von War Resisters' International in Georgien.
Insbesondere Afghanistan stellt ein Dilemma für die USA dar, da es durch die gemeinsamen Grenzen mit drei der fünf zentralasiatischen Staaten bisher bei jedem Versuch, die Region zu stabilisieren, ein Hindernis darstellte. Der Bürgerkrieg in Afghanistan und die allgemeine Verarmung der dortigen Bevölkerung stellten eine Bedrohung der Sicherheit in den Nachbarländern einschließlich des südlichen Kaukasus dar. Die Unterstützung einiger eurasischer Hauptmächte – China, Iran, Pakistan und Russland – für gegnerische Seiten im afghanischen Konflikt verminderte die Wahrscheinlichkeit, dass sie die jeweiligen Interessen der anderen im Südkaukasus anerkennen würden.
Diese Region ist ebenfalls von zentralem Interesse, handelt es sich doch beim Südkaukasus um einen Transportkorridor für kaspisches Öl und Gas, der die Verbindung zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer und damit die Versorgung des Westens darstellt. Für die USA ist die Sicherung der Stabilität im Südkaukasus, insbesondere in Georgien und Aserbaidschan, daher von essentieller Bedeutung. Beide werden voraussichtlich von den diplomatischen Bemühungen der USA für mehr Sicherheit profitieren.
Ein derartiges Engagement in Armenien und Zentralasien ist jedoch unwahrscheinlicher. So handelt es sich bei Armenien um den einzigen der acht hier behandelten Staaten, der noch immer eine Partnerschaft mit Russland aufrecht erhält und zudem enge wirtschaftliche Verbindungen zu Iran aufweist. Auf Grund der Verschlechterung der US-Beziehungen zu eben diesen Staaten wird Armenien vermutlich so lange von Investitionen aus dem Westen ausgeschlossen bleiben, bis es zu Zugeständnissen bereit ist. Für die Entwicklung der Öl- und Gasfördergebiete in Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan ist der kontinuierliche Kapitalfluss aus dem Ausland nahezu garantiert, doch werden sicherlich stärkere Sicherheitsmaßnahmen nötig sein, um die InvestorInnen zufrieden zu stellen.

War Resisters' International

Eine gewaltfreie Bewegung für die Abschaffung von Krieg

Die War Resisters' International (Internationale der Kriegsdienstgegner/innen) wurde 1921 unter dem Namen "Paco" gegründet. Grundlage war und ist die WRI-Erklärung:

"Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit, Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und für die Beseitigung aller seiner Ursachen zu kämpfen."

Die War Resisters' International besteht, um gewaltfreie Aktionen gegen Kriegsursachen zu propagieren, und um Menschen auf der ganzen Welt zu unterstützen und zusammen zu bringen, die sich der Beteiligung an Krieg oder der Vorbereitung von Krieg verweigern. Auf dieser Basis arbeitet die WRI für eine Welt ohne Krieg.

Kriegsdienstverweigerung

Kriegsdienstverweigerung war immer zentral für die Politik der WRI. Die WRI-Erklärung, keine Art von Krieg zu unterstützen, ist ein Aufruf, den Dienst in jeglichem Militär oder bewaffneter Macht zu verweigern, ein Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung.
Die War Resisters' International unterstützt alle Kriegsdienstverweigerer, unabhängig davon, ob sie bereit sind, einen zivilen Ersatzdienst zu leisten (in Ländern, in denen diese Option existiert), oder nicht. Die War Resisters' International bewertet die Motive einer Person, das Töten zu verweigern, nicht, und schätzt die individuelle Entscheidung, sich nicht an Krieg und der Vorbereitung von Krieg zu beteiligen, als einen wichtigen Schritt in Richtung der Abschaffung von Krieg.

Nein zu Krieg

Die WRI wird niemals irgendeinen Krieg billigen, egal ob dieser Krieg durch einen Staat, durch eine "Befreiungsarmee" oder unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen geführt wird, oder ob er "humanitäre militärische Intervention" genannt wird. Kriege, wie nobel die Rhetorik auch immer sei, dienen immer machtpolitischen oder ökonomischen Interessen. Wir wissen, wozu Krieg führt - zu Leiden und Zerstörung, zu Vergewaltigung und organisiertem Verbrechen, zu Verrat an Werten und neuen Strukturen der Herrschaft.

Unterstützt die Gefangenen für den Frieden

War Resisters' International braucht Eure Unterstützung, um für die Gefangenen für den Frieden zu arbeiten!

❍ Ich möchte am CO-alert-Netzwerk teilnehmen.
Meine Emailadresse ist:
❍ Ich spende für ein Jahr ein *Peace News* Abo für eine/n Gefangenen.
Name des/der Gefangenen:
❍ Bitte setzt mich auf die Mailing-Liste und schickt mir regelmässig Informationen über die Arbeit von WRI.
❍ Ich spende .... • einmalig/monatlich/jährlich.
❍ Ich bin interessiert an *Peace News*.Bitte sendet mir ein Probeexemplar.
❍ Ich abonniere *Peace News* für ein Jahr ab der nächsten Ausgabe.

Bitte schickt Eure Spende an:
Förderverein War Resisters' International e.V.,
Konto-Nr. 11787613, Kasseler Sparkasse, BLZ 520 503 53.

❍ Ich brauche eine Spendenbescheinigung.
❍ Ich erteile eine Einzugsermächtigung

KontoinhaberIn ....
Konto -Nr. ....
BLZ ....

Datum/Unterschrift ....

Angaben zu mir:

Name ....
Adresse ....
email ....

Ausschneiden und einsenden an:
War Resisters' International, 5 Caledonian Road, London N1 9DX, BRITAIN

Danke für Deine Solidarität!!